

Kippt Koalition Nachtflugverbot für Frankfurt?

BERLIN/FRANKFURT. Im Streit um Nachtflüge am Frankfurter Flughafen können die Fluggesellschaften auf Unterstützung aus der neuen Regierungskoalition in Berlin hoffen. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP wolle neben dem bedarfsgerechten Ausbau von Flughäfen auch „international wettbewerbs-

fähige Betriebszeiten“ sicherstellen, heißt es in einem Entwurf zum Koalitionsvertrag, der der dpa vorliegt.

Die neue Koalition wolle das Luftverkehrsgesetz - dass dann von den Gerichten angewandt werden muss - „präzisieren“, heißt es in dem Papier weiter. „Die Wahrung des öffentlichen Erschlie-

ßungsinteresses der Bundesrepublik Deutschland ist dabei zu gewährleisten.“ Es gehe um eine gleichberechtigte Abwägung von „wirtschaftlichen, betrieblichen und dem Lärmschutz geschuldeten Erfordernissen auch bei Nachtflügen“.

► Mehr auf Seite 3

AZ vom 22.10.2009

Nachtflugverbot in Gefahr

MAINZ (red). Als „Morgengabe für die Luftverkehrswirtschaft“ kritisiert die Initiative „Zukunft Rhein-Main“ (ZRM) Pläne aus den Reihen der Bundes-CDU und FDP, das Nachtflugverbot an deutschen Flughäfen zu lockern (wir berichteten). „Wir fordern die Koalitionspartner auf, sich schnellstmöglich von solchen Überlegungen zu distanzieren und der Gesundheit den Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einzuräumen“, schließen sich die ZRM-Sprecher, so OB Jens Beutel (SPD) und die Hochheimer Bürgermeisterin Angelika Munck, Protest der Bundestagsabgeordneten Ute Granold (CDU) und Tabea Rößner (Grüne) an. Wer der Freigabe von Nachtflügen das Wort rede, erkenne nicht die Zeichen der Zeit: In London-Heathrow liege die Erweiterung auf Eis, in München werde der Bedarf für eine weitere Bahn überprüft.

MRZ vom 21.10.2009

Kritik an Flugplatzausbau

Mainz: In der CDU regt sich Widerstand gegen eine mögliche Erleichterung von Nachtflügen durch die schwarz-gelbe Koalition in Berlin. „Die Grenze des Zumutbaren ist erreicht“, sagte die Mainz-Binger CDU-Bundestagsabgeordnete Ute Granold. „Die vorgeschlagene Formulierung darf so nicht in den Koalitionsvertrag kommen.“ Am Vortag war bekannt geworden, dass der Entwurf zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP eine Neufassung des Luftverkehrsgesetzes vorsieht. Damit sollen „international wettbewerbsfähige Betriebszeiten“ der Flughäfen sichergestellt werden.